

Neue Regeln werfen Schatten voraus

BANKENKRISE Zusätzliche Vorschriften sollen die Grossbanken sicherer machen. Die UBS muss deutlich mehr tun als die Credit Suisse, um die geplante Verschuldungsgrenze einzuhalten. Banken sehen darin einen Wettbewerbsnachteil. Doch auch im Ausland dürften die Regeln schärfer werden.

NATALIE GRATWOHL

Die neuen regulatorischen Vorschriften bringen die UBS stärker unter Druck als die Credit Suisse. «Die UBS müsste ihre Bilanz um über 1 Billion Fr. zurückfahren, die Credit Suisse um rund 350 Mrd Fr.», schätzt Hans Geiger, Professor am Swiss Banking Institute der Universität Zürich. Denn eine Kapitalerhöhung sei unrealistisch: Bei der aktuellen Grösse der Bilanz bräuchte die UBS frisches Kapital in der Höhe von über 40 Mrd Fr., um die geplante Verschuldungsgrenze (Leverage Ratio) zu erreichen (siehe Kasten).

Diese heftig diskutierte Kennzahl bringt eine fixe Obergrenze für die Verschuldung der beiden Schweizer Grossbanken. Neben dieser Begrenzung will die Eidgenössische Bankkommission (EBK) die Eigenkapitalpuffer für die Grossbanken zusätzlich zu

Die Vorschriften gelten ab Herbst. Aber bei der Umsetzung können sich die Banken Zeit lassen.

Basel II stärken. Die neuen Regeln werden im Herbst per Verfügung in Kraft treten. Umgesetzt werden müssen sie erst, wenn die Finanzkrise überwunden ist. «Die Credit Suisse könnte dies innerhalb eines Jahres erreichen, die UBS bräuchte sicher länger dafür», erwartet Geiger. Die operativen Folgen für das Geschäft dürften dabei allerdings gering sein. «Die enormen Handelsbestände abzubauen, ist relativ einfach.» Die UBS hat ihre Bilanz in den letzten Monaten deutlich reduziert, nachdem die Verschuldung über die letzten Jahre sehr stark angewachsen ist (siehe Grafik).

Verkauf von Vermögenswerten

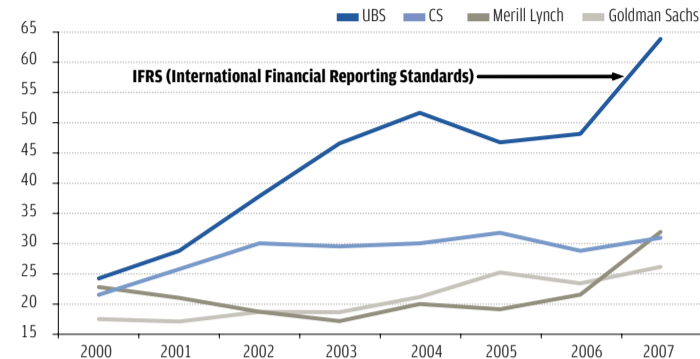
Ray Soudah, Gründer der Beratungsgesellschaft Millenium Associates, vermutet, dass die UBS in den letzten sechs Monaten die Ver-



Nach den Verlusten hält sich die UBS mit Kritik an der EBK zurück.

Die Bilanzen sind über Jahre massiv gewachsen

Vermögenswerte im Verhältnis zum Eigenkapital (Equity to Assets)



DAS REGELWERK

Diese Änderungen sind geplant

Leverage Ratio Damit will die Eidgenössische Bankkommission (EBK) das Bilanzwachstum begrenzen. In den USA fordern die Behörden von den Banken, dass das Eigenkapital mindestens 5% der Bilanzsumme ausmacht. Gemäss SNB-Vizepräsident Philipp Hildebrand werden sich die Schweizer Regulatoren

bei der Ausgestaltung an den amerikanischen Regeln orientieren.

Höhere Eigenmittel Die EBK will zudem höhere Eigenmittelpuffer für die Grossbanken. Bereits heute liegen die Anforderungen in der Schweiz 20% über Basel II. Wie viel mehr die Aufsichtsbehörde von den Grossbanken verlangen wird, kommuniziert die EBK noch nicht.

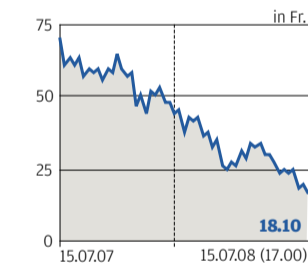
mögenswerte in der Bilanz um 30 bis 40% vermindert hat, um das Risiko einer dritten Kapitalerhöhung zu senken. Die Bank werde wohl auch Verkäufe von ganzen Geschäftseinheiten in Betracht ziehen, beispielsweise des US-Brokers Paine Webber. Der Zeitpunkt für einen Verkauf sei allerdings nicht günstig. Andererseits können die Grossbanken das Eigenkapital auch stärken, indem sie zum Beispiel weniger Dividenden ausschütten oder nicht mehr so viele eigene Aktien zurückkaufen.

UBS und Credit Suisse müssen ihre Geschäfte künftig mit mehr Eigenmitteln unterlegen, um Verluste besser verkraften zu können. Andererseits entgehen ihnen damit Gewinnchancen, wenn die Zeiten an den Finanzmärkten wieder besser werden. Die Banken fürchten zudem, dass sie mit den

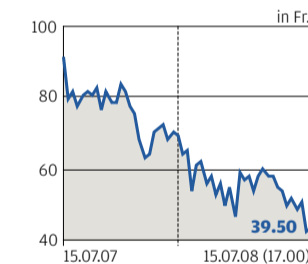
neuen Regeln der EBK im Wettbewerb mit ausländischen Finanzinstituten nicht mehr gleich lange Spiesse haben.

Walter Kielholz, Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse, sagte kürzlich der «Basler Zeitung», eine einseitige Verschärfung des Schweizer Eigenkapital-Regimes durch die EBK könne zur Verlagerung in ein Land mit einem laxeren Aufsichtsregime führen.

UBS N



Credit Suisse N



«Dies ist sicher keine ganz leere Drohung, aber es wäre schon ein Gewaltakt, um dies zu bewerkstelligen», sagt der St. Galler Professor Peter Leibfried.

Die Gefahr einer Abwanderung sieht Ray Soudah nicht: «Nicht nur die Schweizer Banken sind von der Finanzkrise betroffen, Aufsichtsbehörden in anderen Ländern werden nachziehen.» Der Finanzexperte erwartet, dass sich die Gesetze einander angleichen werden. «Nur die Regulierungsbestimmungen alleine geben nicht den Ausschlag für einen Standortwechsel», sagt Heinz Knecht, Leiter des Instituts für Banking & Finance der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Über allem stehe die strategische Frage, ob Investmentbanking und Private Banking noch unter einem Dach bleiben sollen.

Die Zukunft ist unspektakulärer

Für Soudah ist die integrierte Grossbank ein Auslaufmodell: «In ein paar Jahren wird es nur noch reine Investment-Banken und reine Privatbanken geben.» Denn die Aktionäre wollten die Wahl zwischen dem stabileren Vermögensverwaltungsgeschäft und dem riskanteren Investment-Banking.

An die Rekordgewinne der Vergangenheit werden die beiden Grossbanken nicht mehr anknüpfen können, mit oder ohne neue Vorschriften. Die hohen Eigenkapitalrenditen der letzten Jahre werden deutlich sinken. «Die Gewinne der Grossbanken sind künftig kleiner, dafür stabiler und vorhersehbarer», erwartet Soudah. Die «Bonanza» in der Finanzbranche ist definitiv vorbei.